

13.09.2022

Keine Mittelkürzung für die Migrationsberatungen

MBE-Aktionstag am 14. September rückt Beratungsstellen in den Fokus: Freie Wohlfahrtspflege kritisiert geplante Streichung im Bundeshaushalt.

Deutschland wächst – durch Zuwanderung. Allein 2021 kamen rund 300.000 Menschen mehr nach Deutschland, als ausgewandert sind. Die Hintergründe sind unterschiedlich: Viele Menschen suchen hier neue Lebensperspektiven oder Zuflucht vor Verfolgung und Krieg. Was sie alle jedoch eint, sind zahlreiche Fragen über das

Ankommen in Deutschland. Antworten darauf geben die Migrationsberatungen der Träger der Freien Wohlfahrtspflege.



”

Mit der Zuwanderung steigen die gesellschaftlichen Herausforderungen zur Integration und Teilhabe.

Doch genau die stehen jetzt auf der Kippe. Denn die Bundesregierung plant, die Mittel für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) um rund 20 Millionen Euro zu kürzen. Davon betroffen wäre auch die Refinanzierung von Beratungsstellen in Bochum. „Mit der Zuwanderung steigen die gesellschaftlichen Herausforderungen zur Integration und Teilhabe. Die Mittel jetzt zurückzufahren, widerspricht nicht nur dem Koalitionsvertrag. Diese Entscheidung bedeutet auch, Integrationsprozesse und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden“, betont Marc Schaaf, Sprecher der Freien Wohlfahrtspflege in Bochum.

Allein im ersten Halbjahr 2022 haben rund 227.000 Zugewanderte bundesweit die

Migrationsberatungen aufgesucht, das sind fünf Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2021. Eine große Zahl der Ratsuchenden wird langfristig in Deutschland bleiben, ist auf der Suche nach Perspektiven.

In den Beratungsgesprächen geht es daher etwa um aufenthalts- und asylrechtliche Fragestellungen, aber auch um Themen wie Wohnungssuche, Spracherwerb, Arbeitsaufnahme oder Einbürgerungen. Die Migrationsberater*innen sind außerdem vermittelnd tätig, kennen Ansprechpartner*innen in Ämtern, Anwälte, Ehrenamtliche und mehr: Menschen, die wiederum helfen können, in Deutschland Fuß zu fassen.

”

Die Beratungsstellen müssten aufgrund der steigenden Anforderungen entlastet werden.

Marc Schaaf: „Wieso die Migrationsberatungen als gesellschaftliches Bindeglied nicht weiter angemessen unterstützt werden sollen, ist uns ein Rätsel. Im Gegenteil: Die Beratungsstellen müssten aufgrund der steigenden Anforderungen entlastet werden, ihre Qualitätsstandards müssen nachhaltig sichergestellt sein und die Mittel verstetigt werden. Nur so schaffen wir es, die Herausforderungen der Zuwanderung auch zukünftig gesamtgesellschaftlich zu meistern.“

Redaktion

Christopher Becker/ AWO Ruhr-Mitte

E-Mail: c.becker@awo-ruhr-mitte.de